

Antrag D-2**SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg****Quote für die Parlamente**

1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit
 2 Frauen besetzt sein, um als demokratisch legitimier-
 3 tes Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevöl-
 4 kerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsentation
 5 der Wähler*innen erreicht werden.

6 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend
 7 zu ändern, dass eine entsprechende Zusammen-
 8 setzung der Parlamente gewährleistet wird. Da-
 9 zu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die
 10 Bundestags- und Landtagswahlen:

11 1. Direktmandate werden wie bisher durch die
 12 Parteien aufgestellt und in direkter Wahl
 13 durch die Bürger*innen gewählt. Der Bun-
 14 desvorstand wird aufgefordert entsprechende
 15 Modelle zu entwickeln und für eine breite Dis-
 16 kussion in die Partei zu leiten.

17 2. Sollten die von einer Partei errungenen Di-
 18 rektmandate mehrheitlich männlich besetzt
 19 sein, ziehen über die übrigen Listenplätze aus-
 20 schließlich Frauen in das Parlament ein, bis ei-
 21 ne paritätische Besetzung von 50% erreicht ist.

22 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Di-
 23 rektmandate erzielt wurden oder für die wei-
 24 teren Plätze nachdem eine Besetzung mit 50
 25 Prozent Frauen erreicht wurde, ziehen die Kan-
 26 didat*innen der Liste im Reißverschlussverfah-
 27 ren ein.

28

Begründung

30 *Wo stehen wir?*

31 Es ist traurige Realität, dass wir auch 100 Jahre nach
 32 Einführung des aktiven und passiven
 33 Wahlrechts für Frauen noch immer keine geschlech-
 34 tergerechte Besetzung der Parlamente,
 35 unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben.
 36 Nicht nur sind wir von einem Frauenanteil von
 37 50%, wie er dem Anteil der Frauen an der Wahl-
 38 bevölkerung entsprechen würde, in Bundestag
 39 und Landtagen weit entfernt. Im Jahr 2017 hat
 40 sich der Frauenanteil sowohl im Bundestag als
 41 auch im niedersächsischen Landtag sogar noch
 42 verringert. Derzeit beträgt der Frauenanteil der
 43 Bundestagsabgeordneten nur 31 Prozent. Im letz-
 44 ten Bundestag, bis 2017, waren es immerhin 37,1
 45 Prozent. Schaut man auf den Anstieg des Frauen-
 46 anteils der vergangenen Legislaturperioden wird

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: SPD-Landesverband Niedersachsen**

Dieser Antrag soll während des ordentlichen Be-
 zirksparteitages im Rahmen der Arbeitsgruppe Pa-
 rité diskutiert werden. Die hier gewonnenen Ergeb-
 nisse sollen dann an die beim SPD-Landesverband
 Niedersachsen zu diesem Thema eingerichtete Ar-
 beitsgruppe gegeben werden.

47 klar, dass sich eine paritätische Besetzung des
48 Parlaments auf absehbare Zeit nicht von alleine
49 ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe
50 des viel zu spät anerkannten Frauenwahlrechts,
51 sondern um ein strukturelles Problem der Politik.
52 Und diese strukturelle Benachteiligung ist dort am
53 stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht
54 durch verbindliche Frauenquoten gibt. So ist der
55 Frauenanteil in den Fraktionen der Grünen, der
56 Linken und der SPD mit jeweils über 40%, teilweise
57 sogar über 50% nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2
58 Prozent; Linke: 53,6 Prozent; SPD: 41,8 Prozent). In
59 jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für
60 Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauenanteil
61 dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie
62 nicht existent (CDU: 19,9 Prozent, FDP: 22,5 Prozent;
63 AFD: 10,8 Prozent).

64 Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den eben-
65 falls 2017 neu gewählten niedersächsischen Land-
66 tag. Hier beträgt der Frauenanteil seit der Wahl so-
67 gar nur 27,7 Prozent. Bis zur Wahl 2017 waren es hier
68 dagegen noch 31,4 Prozent Frauen. Der niedersächsi-
69 sche Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits
70 einer gleichberechtigten Repräsentation der Bevöl-
71 kerung als der Bundestag.

72 *Wo wollen wir hin?*

73 Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament,
74 nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo
75 Gesetze gemacht und Entscheidungen getroffen
76 werden müssen Frauen zu gleichen Teilen betei-
77 ligt werden. In unserer repräsentativen Demokratie
78 muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die
79 Staatsorgane haben. Tatsächlich fehlt Frauen die-
80 ser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht re-
81 präsentativ vertreten sind. Ihre Interessen und Per-
82 spektiven bleiben im Wesentlichen unberücksich-
83 tigt. Wenn aber 50 % der Bevölkerung in unseren
84 Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, un-
85 tergräbt das nicht nur die demokratische Legitima-
86 tion dieser Institutionen, es heißt zugleich auch,
87 dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ih-
88 ren Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert
89 sind. Bei allen Gleichstellungsdebatten in berufli-
90 chem oder familiärem Umfeld darf nicht ausgeblen-
91 det werden, dass es gerade die Politik ist, von der
92 aus die Rahmenbedingungen unseres gesellschaftli-
93 chen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade un-
94 serer Gesetzgebung darf daher die weibliche Per-
95 spektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patri-
96 archale System, in dem nur Männer die Regeln ma-
97 chen, gestützt!

98 Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur
99 zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts-
100 und Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht
101 ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der
102 Geschlechter. Selbst die EU-Kommission hat bereits
103 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und
104 Frauen in der Wirtschaft wie auch in der Politik in
105 vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als
106 undemokratisch bewertet - und Maßnahmen von
107 den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarlän-
108 dern hat dies zum Teil bereits gefruchtet, dort wur-
109 den in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal,
110 Slowenien, Spanien und Griechenland mittlerweile
111 Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

112 *Wie kommen wir zum Ziel?*

113 Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig
114 räumen um für mehr Frauen in der Politik Platz zu
115 machen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des
116 Frauenwahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frau-
117 en in der Politik angemessen zu berücksichtigen,
118 wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es han-
119 delt sich dabei um keine Einzelfälle oder individuel-
120 le Probleme von Frauen, die benachteiligt werden –
121 die Diskriminierung hat System. Deshalb braucht es
122 klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von
123 Frauen an der Politik sicherstellen – für alle Parteien.
124 Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen
125 von politischen Mandaten abhalten, aufgebrochen
126 werden.

127 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist
128 der einzige Weg, um Frauen gleichberechtigt in po-
129 litische Entscheidungen einzubinden; um sicherzu-
130 stellen, dass die Interessen von Frauen Gehör finden;
131 und um eine lange überfällige Förderung von Frauen
132 in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder,
133 die anderen Frauen das Gefühl geben, den Schritt in
134 die Politik wagen und dort etwas erreichen zu kön-
135 nen. Wir müssen aber auch die Voraussetzungen po-
136 litischen Engagements überdenken und Hindernis-
137 se verschiedenster Art abbauen, welche talentierte
138 und qualifizierte Frauen von politischen Ambitionen
139 abhalten. Die Frauenquote ist dafür nur ein erster
140 Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die
141 Quote auch hier wie überall kein Selbstzweck, son-
142 dern soll letztendlich durch eine eigenständig funk-
143 tionierende paritätische Besetzung der Parlamente
144 überflüssig werden.